

SOLIDARITAT

Liebe Leserin, lieber Leser

Inhalt

Für würdige Arbeitsbedingungen und Demokratie	1
Unterstützungen 2013	
Gegen Prekarisierung	3
Gewerkschaftsrechte / unabhängige Gewerkschaften	9
Verteidigung von Land und Lebensraum	15
Gegen Repression und Kriminalisierung – für Demokratie	21
Information und Vernetzung	24
Jahresrechnung	28
Kommentar zur Jahresrechnung	29
Jahresrechnung im Detail	30
Bilanz	32
Revisionsbericht	33
Unser Mann für die Zahlen	34
Die Stiftung SOLIFONDS	35
SOLIFONDS braucht Ihre Unterstützung	36

Die Zitate im Bericht stammen von unseren Partnerorganisationen anlässlich 30 Jahre SOLIFONDS.

SOLIDARITAT – Das Motto unseres Jubiläumsjahres ist zugleich SOLIFONDS-Alltag: soziale Befreiungskämpfe tatkräftig unterstützen. Wir leisten finanzielle Beiträge an Aktionen und Kampagnen oder Rechtshilfe, schreiben Protestbriefe, informieren in der Schweiz über diese Kämpfe. Konkrete Erfolge stellen sich selten rasch ein, wie der Fall einer peruanischen Gewerkschaft zeigt, die uns soeben geschrieben hat, dass sie endlich, nach drei Jahren vor Gericht, Recht bekommen hat: 39 entlassene GewerkschafterInnen müssen wiedereingestellt und entschädigt werden. Auch wenn Erfolge schwierig messbar sind; das Wichtigste der Solidarität ist, wie uns unsere Partnerorganisationen immer wieder schreiben: «Das Wissen, dass wir nicht allein sind, hilft uns und stärkt uns in unseren Kämpfen.»

Dass diese Arbeit des SOLIFONDS seit 30 Jahren möglich ist, verdanken wir Ihnen: unseren Beitragsversprechenden und SpenderInnen sowie befreundeten Organisationen und Stiftungen. Dafür bedanken wir uns im Namen vieler Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika ganz herzlich bei Ihnen.

Wir hoffen, dass wir weiterhin auf Sie zählen dürfen – auf Ihre **SOLIDARITAT**.

Urs Sekinger, Koordinator

Yvonne Zimmermann, Koordinatorin

Weltweit kämpfen Menschen für würdige Arbeitsbedingungen und für Demokratie von unten – wir unterstützen sie dabei

Als der SOLIFONDS vor dreissig Jahren gegründet wurde, ging es nicht darum, ein weiteres Hilfswerk zu gründen, sondern einen Kampffonds, der rasch Unterstützung leisten kann, wenn dringender Handlungsbedarf besteht; einen Solidaritätsfonds eben. Dabei stehen Kampagnen und Aktionen zur politischen Durchsetzung von Rechten und Forderungen im Zentrum. Im vorliegenden Jahresbericht legen wir Inhalt und Umfang dieser Solidaritätsarbeit dar, die wir in vier Themenbereiche unterteilen können.

*Ein erster Schwerpunkt unserer Unterstützungen war der **Kampf für würdige Arbeitsbedingungen und gegen Prekarisierung**. So haben wir in Kolumbien die Gewerkschaft Sintramienergética in ihrer Auseinandersetzung mit dem Schweizer Minenkonzern Glencore unterstützt; ebenfalls die Kämpfe der LeiharbeiterInnen in der Kohlemine El Cerrejón. In Südafrika traten die LandarbeiterInnen in den Streik und forderten eine Erhöhung ihres weit unter dem Existenzminimum liegenden Lohns. Weiterhin ungelöst ist der Konflikt in den Holcim-Zementwerken in Indien, wo die*

LeiharbeiterInnen seit Jahrzehnten feste Anstellungen und würdige Arbeitsbedingungen fordern.

*Der Kampf für **Gewerkschaftsrechte und der Aufbau und die Stärkung unabhängiger Gewerkschaften** war ein zweiter Schwerpunkt unserer Arbeit. In Pakistan lancierte der Gewerkschaftsdachverband NTUF nach dem Brand in einer Textilfabrik, bei dem 257 ArbeiterInnen starben, eine Kampagne für die Sicherheit am Arbeitsplatz. In Algerien musste das Vernetzungsforum maghrebischer Erwerbsloser wegen dem repressiven Vorgehen der algerischen Sicherheitskräfte abgebrochen werden. In Tunesien setzen sich die Bewegung der organisierten Erwerbslosen sowie das tunesische Netzwerk für eine alternative Entwicklung und in Ägypten die unabhängigen Gewerkschaften für den demokratischen Aufbau*



ihrer Länder und für eine alternative Wirtschaftspolitik ein. Im weiteren konnten die Hausarbeiterinnen in Südafrika und Mali, Basisgewerkschaften in Togo und die Gewerkschaft der PlantagenarbeiterInnen in Sri Lanka auf unsere Solidarität zählen.

Den dritten Schwerpunkt bildete die **Verteidigung von Land und Lebensraum gegen Minen und Agrarbusiness**. Im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca fand ein Vernetzungstreffen der Bevölkerung statt, die unter den sozial und ökologisch katastrophalen Folgen der Minentätigkeit leidet. Im Norden Perus leistet die Bevölkerung Widerstand gegen die Ausdehnung einer Mega-Goldmine. In Espinar, ebenfalls in Peru, konnte im Konflikt der Bevölkerung mit dem Schweizer Multi Xstrata noch keine Lösung gefunden werden; die Situation hat sich eher wieder verhärtet. Landlose in Paraguay – Überlebende des Massakers von Curuguaty, das im Juni 2012 den Vorwand für den Putsch gegen Präsident Fernando Lugo lieferte – kämpfen gegen missbräuchliche Anklagen, die zu langen Gefängnisstrafen führen würden. In

Zimbabwe und Brasilien kämpfen die Menschen weiterhin gegen Agrobusiness und Vertreibung.

Der Kampf **gegen Kriminalisierung und für Demokratie von unten** bildete den vierten Schwerpunkt unserer Solidaritätsarbeit. In Kolumbien organisierte das Solidaritätskomitee mit politischen Gefangenen CSPP eine Kampagne gegen die Kriminalisierung der sozialen Proteste; politisch motivierten Übergriffen sah sich das Netzwerk REDHER ausgesetzt. Dass Wirtschaftspolitik und Demokratie eng verbunden sind, zeigten die Aktivitäten rund um die regionalen Sozialforen in Tunesien, wie auch der Widerstand gegen ein IWF-Abkommen und die Massenmobilisierungen zur Verteidigung der Revolutionen in Tunesien und Ägypten.

Soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung, partizipative Demokratie – um die zentralen Werte einer solidari-schen Welt wird auch im kommenden Jahr gekämpft werden. Unsere Partnerorganisationen – Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Landlose – zählen dabei auf unsere Solidarität.

Hans Schächpi, Präsident

Südafrika – Aufstand der Landarbeiterinnen und Kleinbauern



«Genug ist genug!» – Ein Aufstand für Würde.
Foto: Katrin Haunreiter

Im Herbst 2012 traten die südafrikanischen LandarbeiterInnen, vor allem in der Region des Western Cape, in den Streik. Ihr Aufstand führte dazu, dass der minimale Tageslohn von 75 Rand (knapp 7 Franken) auf 105 Rand, aber nicht auf die geforderten 150 Rand erhöht wurde. Ein Teilsieg der ArbeiterInnen, der jedoch bitter schmeckt: Die Farmer gingen auf Konfrontationskurs und entliessen zahlreiche ArbeiterInnen. Oder sie machten neu Lohnabzüge, etwa für Unterkunft oder auch fürs Mitnehmen auf der Ladebrücke eines Kleinlasters ins nächste Dorf, so dass die Lohnerhöhung gleich wieder aufgebraucht wurde. Andere Farmer verlangten vom Staat, dass sie die Lohnerhöhung aufgrund ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage nicht auszahlen müssten. Im schlimmsten Fall jagten die Agrarunternehmer die ArbeiterInnen wegen ihrer Proteste zum Teufel. Im Bericht an den SOLIFONDS wird ein Landarbeiter zitiert: «Manchmal haben wir das Gefühl, das Leben sei jetzt schwieriger als vor dem Streik. Aber wir sind überzeugt, dass es richtig war zu streiken. Wir mussten gemeinsam aufstehen und es gibt nur eine Möglichkeit: gemeinsam weiter kämpfen.»

Mit der Unterstützung durch den SOLIFONDS konnten mehrere Protestkundgebungen durchgeführt werden, ins-

besondere eine Demonstration zum Parlament. Finanzielle Mittel wurden auch für Rechtshilfe gebraucht, denn zahlreiche Protestierende sahen sich mit schwerwiegenden Klagen konfrontiert.

Der Kampf der LandarbeiterInnen für einen existenzsichernden Lohn sowie um Wohnrecht oder Nutzungsrechte von Land geht weiter und wird auch weiter vom SOLIFONDS unterstützt.

Südafrika – Mobilisierungsaktion von SADSAWU

Am 7. März 2013 marschierte eine grosse Zahl von südafrikanischen Hausarbeiterinnen, unterstützt vom SOLIFONDS, zum Sitz des Präsidenten. Die Hausangestellten forderten Präsident Zuma auf, die ILO-Konvention 189, in Anerkennung der Leistungen, die die Hausarbeiterinnen täglich erbringen, zu unterzeichnen, zumal die Generalse-

kretrarin der südafrikanischen Hausarbeiterinnengewerkschaft SADSAWU, Myrtle Witbooi, wesentlich dazu beigetragen hatte, dass die Konvention 2011 verabschiedet worden war. Im Juni konnte SADSAWU die erfreuliche Nachricht verbreiten, dass die südafrikanische Regierung die Ratifizierung vollzogen habe.

Kolumbien – gewerkschaftsfeindliches Verhalten des Minenkonzerns Glencore

Am 19. Juli 2012 traten die Arbeiter des Minenunternehmens Prodeco, Tochter des Schweizer Konzerns Glencore, in den Streik. Zuvor waren die Verhandlungen über einen neuen Gesamtarbeitsvertrag gescheitert. Der Streik wurde zu einem der längsten – und endete nach 98 Tagen, ohne dass eine Einigung erreicht worden wäre. Statt auf die Forderungen der Arbeiter einzutreten, ging die Glencore-Tochter auf allen juristischen Ebenen gegen die Gewerkschaft Sintramienergética vor: Sie reichte Klagen gegen sie ein, versuchte, den Streik in der Kohlemine als illegal erklären zu lassen und eine polizeiliche Räumung zu erwir-

ken. Die Gerichtsverfahren brachten für die Gewerkschaft hohe Kosten mit sich – jedoch fielen die erstinstanzlichen Urteile allesamt zu ihren Gunsten aus.

Als eine Räumung der Streikposten bevorstand, brachen die Arbeiter schliesslich den Streik ab. Damit wollten sie eine Eskalation verhindern. Im April 2013 folgte ein weiterer Rückschlag: Der oberste Gerichtshof erklärte die früheren Urteile als nichtig und entschied, dass der Streik illegal gewesen sei. Die Glencore-Tochter hatte in der Zwischenzeit gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ausgesperrt und zahlreichen mit Entlassung gedroht. Die

Arroganz und das gewerkschaftsfeindliche Verhalten des Konzerns stützen die Vermutungen der Gewerkschaft: dass es dem Konzern darum ging, das Streikrecht, die Kollektivverhandlungen und damit letztlich die Gewerkschaft

ten auszuhebeln. Die Unterstützung des SOLIFONDS ermöglichte Sintramienergética, im Streik auszuharren und die Gerichtsverfahren trotz der hohen Prozess- und Anwaltskosten anzugehen.



«Wir sind nicht sicher, ob sich die Organisationen und die Einzelpersonen, die die Arbeit des SOLIFONDS ermöglichen, vorstellen können, wie wichtig ihre Unterstützung für uns ist. Deshalb nehmen wir die Gelegenheit wahr, um auszudrücken, dass wir eure Solidarität sehr schätzen. Sie verhilft uns zu einer Stärkung unserer Mobilisierungen und sozialen Proteste und hat positive und ermutigende Resultate gezeigt.»

Gewerkschaftsbund im Valle del Cauca (CUT-Valle), Kolumbien

Kolumbien – Kampf der LeiharbeiterInnen in den Kohleminen

In der Kohlemine El Cerrejón, zu einem Drittel im Besitz des Schweizer Multis Xstrata, streikten die Arbeiter ab dem 7. Februar 2013 während eines Monats. Die gesamte Produktion war lahmgelegt, während eines Tages blockierte zudem die Bevölkerung sämtliche Strassen, um die Unternehmensleitung an den Verhandlungstisch zu bringen. Nach zähen Verhandlungen konnte die Gewerkschaft deutliche Verbesserungen im neuen Gesamtarbeitsvertrag und eine rückwirkende Lohnzahlung für die Streikperiode erreichen und beendete den Streik. Die positiven Auswirkungen betrafen jedoch lediglich die 4'800 Festangestellten.

Für die rund 7000 LeiharbeiterInnen, angestellt via 300 Unterfirmen, schaute nichts heraus. Viele haben befristete Verträge und erhalten gerade mal den Mindestlohn. Während des Streiks waren ihre Verträge suspendiert worden und sie erhielten keine rückwirkenden Lohnzahlungen. Kurz nach dem Streik in der Mine traten deshalb die gewerkschaftlich organisierten LeiharbeiterInnen mit Forderungen an die Kontraktfirmen, so etwa die Catering-Angestellten. Und die 2'500 LeiharbeiterInnen der Firmen Dimantec und Trateccol, die für verschiedene Kohleminen Dienste anbieten, traten in einen Streik. Sie forderten die

Einhaltung des Tarifvertrags und protestierten gegen das gewerkschaftsfeindliche Verhalten ihrer Unternehmen. Die Streikposten wurden jedoch nach kurzer Zeit gewalt-

sam von der Bereitschaftspolizei ESMAD aufgelöst. Der SOLIFONDS hat die Kämpfe der LeiharbeiterInnen unterstützt.



«Was uns am meisten hilft, ist das Wissen, dass wir nicht allein sind. Dass der Kampf der am meisten prekarierten ArbeiterInnen auf der anderen Seite der Welt von Menschen aufgenommen wird, mit denen wir den Sinn für Gerechtigkeit teilen.»

Gewerkschaft der LeiharbeiterInnen in indischen Holcim-Fabriken (PCSS)

Indien – LeiharbeiterInnen bei Holcim fordern feste Anstellungen

Seit Jahrzehnten kämpfen die LeiharbeiterInnen im indischen Holcim-Zementwerk in Jamul (Bundesstaat Chhattisgarh) für Festanstellungen. Gerichte haben bereits in zweiter Instanz festgehalten, dass die Praxis der Holcim-Tochter ACC nicht rechtens sei und die ArbeiterInnen fest angestellt werden müssten. Statt die Aufforderung der Gerichte umzusetzen, hat jedoch der Konzern die Entscheide angefochten. Die Leidtragenden sind die LeiharbeiterInnen: Sie arbeiten weiterhin zu einem Hungerlohn und unter gefährlichen Bedingungen.

Anfang 2012 reichte die Gewerkschaft der LeiharbeiterInnen PCSS beim Staatssekretariat für Wirtschaft seco

eine Klage gegen Holcim wegen Verletzung der OECD-Unternehmensrichtlinien ein. Bisher hat die Klage zu keinem Ergebnis geführt. Der Kampf der LeiharbeiterInnen für feste Anstellungen geht derweil weiter. Allerdings auch Übergriffe und Einschüchterungen von Seiten der Holcim-Tochterunternehmen beziehungsweise ihrer Sicherheitskräfte sowie missbräuchliche Anklagen, um gegen KritikerInnen vorzugehen. So wurde im April 2013 der Übersetzer einer Schweizer Fotografin tödlich angegriffen, als sie die Fabrik fotografierte (siehe S. 7). Der SOLIFONDS hat die PCSS unter anderem mit Interventionen bei Holcim sowie mit Informationsarbeit unterstützt.



«Crime scene» – Der indische Übersetzer einer Schweizer Fotografien wurde von Holcim-Sicherheitskräften geschlagen, als sie aus der Distanz die Zementfabrik fotografierte. Auf die Klage der beiden gegen die Sicherheitsleute, reagierten diese umgehend mit einer auf falschen Aussagen beruhenden Klage gegen den Übersetzer. Einschüchterung ist Alltag rund um die Holcim-Fabrik. Bild/Fotomontage: Karin Scheidegger

Mali – Unterstützung der Hausarbeiterinnengewerkschaft ADDAD

Wie an so vielen Orten migrieren auch in Mali junge Frauen auf der Suche nach Arbeit vom Land in die Stadt. Die meisten werden zu Hausangestellten, das ist praktisch die einzige Arbeitsmöglichkeit für sie. Ihre Zahl ist unbekannt, umso mehr aber kennt man ihre schlechten Arbeitsbedingungen. Sie leben in den Häusern der ArbeitgeberInnen und müssen während der ganzen Woche rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Sie erhalten einen Lohn von weniger als 30 Euro pro Monat. Ihre ArbeitgeberInnen behandeln sie auf entwürdigende Art, nicht selten kommt es zu Übergriffen und Misshandlungen.

Angestossen durch Diskussionen rund um die im Juni 2011 verabschiedete ILO-Konvention für Hausangestellte, hat der Zusammenschluss der malischen Basisorganisatio-

nen UNION (Union des Associations et des Coordinations d'Association pour le Développement et la Défense des Droits des Démunies – dem No-Vox-Netzwerk zugehörig) begonnen, Hausangestellte auf den Märkten anzusprechen. Es entstand daraus ein Netzwerk von Beratungspunkten auf verschiedenen Märkten und schliesslich die Gründung der ADDAD (Association de Défense des Droits des Aides ménagères et Domestiques). Die junge Gewerkschaft der Hausangestellten ist momentan in neun Quartieren von Malis Hauptstadt Bamako aktiv und umfasst rund 300 Hausangestellte. Mit einem Beitrag der Berti Wicke-Stiftung hat der SOLIFONDS die Hausarbeiterinnen unterstützt, in einer finanziell sehr schwierigen Situation ihre Gewerkschaft weiter aufzubauen.

Südspanien – Unterstützung der LandarbeiterInnengewerkschaft SOC

In der südspanischen Region Almería wird das Sommergemüse im Winter für den europäischen Markt von Arbeiterinnen und Arbeitern, in vielen Fällen Sans-Papiers, produziert. Ihre Arbeits- und Lebensbedingungen sind äusserst prekär. Aufgrund eines Arbeitskonflikts 2011 in einem der zahlreichen Abpackbetriebe, in denen vornehmlich Frauen arbeiten, hat die Gewerkschaft der LandarbeiterInnen SOC begonnen, sich gezielt für die Rechte der Arbeiterinnen einzusetzen und ihre soziale Situation zu verbessern.

Eine marokkanische Arbeiterin aus der Verpackungsindustrie hat sich seither mit Unterstützung durch den SOLIFONDS der Organisation der Abpackerinnen gewidmet.

Ihre Arbeit zeigte bereits im ersten Jahr Früchte. So wurde erreicht, dass entlassene Arbeiterinnen wieder eingestellt werden mussten beziehungsweise eine Entschädigungszahlung erhielten. Aufgrund dieser positiven Erfahrungen wird die LandarbeiterInnengewerkschaft SOC diese Arbeit weiterführen.

Ägypten – neue Chancen für unabhängige Gewerkschaften und soziale Gerechtigkeit

Seit Jahrzehnten – und bis heute – sind unabhängige Gewerkschaften in Ägypten nicht erlaubt. Unter dem Mubarak-Regime gab es einzig den staatlich kontrollierten Gewerkschaftsbund ETUF. Die «Revolution vom 25. Januar 2011» eröffnete die Möglichkeit, unabhängige Gewerkschaften zu bilden. Innert kürzester Zeit wurden 1 800 Betriebsgewerkschaften

und die beiden unabhängigen Gewerkschaftsbünde EFITU (Egyptian Federation of Independent Trade Unions) und EDLC (Egyptian Democratic Labour Congress) gegründet. Dies, obwohl die rechtlichen Grundlagen bis heute fehlen. Denn weder die Übergangsregierung noch die Regierung von Präsident Mursi schrieben die versprochene Vereinigungsfreiheit in Verfassung und Gesetzen fest.

Der zweite Volksaufstand von Ende Juni 2013 und die darauf folgende Intervention der Militärs fegte die Mursi-Regierung weg, was viele, auch die unabhängigen Gewerkschaften, als zweite Möglichkeit für eine Demokratisierung des Landes sahen. Mit Unterstützung durch den SOLIFONDS hat das CTUWS (Centre for Trade Union & Workers Services) seither eine Kampagne zur Bildung weiterer unabhängiger Gewerkschaften lanciert, und um politischen Druck aufzubauen.

Dass dies ein harter Kampf wird, stellt das CTUWS in seiner Einschätzung zum Verfassungsentwurf fest, in dem die Gewerkschaftsrechte nur minimal berücksichtigt werden. Weiter kritisiert das CTUWS die Zusammensetzung des 50-köpfigen Expertenrats, in dem die einzigen beiden Gewerkschaftsvertreter aus der mubarakschen ETUF stammen.



Fabrikbesetzung in Suez im Juli.

Foto: CTUWS

Pakistan – Kampagne für sichere Arbeitsplätze und Gewerkschaftsrechte

Am 9. September 2012 brach in einer Textilfabrik in Karachi Feuer aus. Die Notausgänge der Fabrik waren verschlossen, die Fenster vergittert, 257 ArbeiterInnen starben in den Flammen. Die Fabrik war eine von rund 10'000 Fabriken in Karachi, in welchen ArbeiterInnen zu prekärsten Bedingungen arbeiten. Pakistanische Gewerkschaften und Arbeitsrechtsorganisationen, auf Initiative des Gewerkschaftsdachverbands NTUF zusammengefasst im Workers' Rights Movement, kämpften nach dem Brand unter grossen Schwierigkeiten für eine Entschädigung der Opferfamilien. Da die ArbeiterInnen keine Arbeitsverträge hatten, mussten die Betroffenen erst beweisen, dass ihre Angehörigen unter den Opfern waren.

Mit Unterstützung des SOLIFONDS lancierte der NTUF eine Kampagne für Sicherheit am Arbeitsplatz. Kon-

kret verlangte er, dass Fabriken gemäss dem Fabrikgesetz registriert und ihre Anlagen überprüft werden – bisher funktionieren 90 Prozent der Fabriken illegal. Ebenfalls müssen, so die Forderung der Kampagne, Arbeitsgesundheit und -sicherheit am Arbeitsplatz gewährt werden und ArbeiterInnen schriftliche Verträge bekommen. Weiter sollen sie in die Sozial- und Altersversicherung aufgenommen und ihr Recht garantiert werden, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Bisher haben über 93 Prozent der ArbeiterInnen keine Verträge, 97 Prozent der Industrie-ArbeiterInnen sind nicht in den Sozialversicherungen aufgenommen, und nur 5 Prozent von ihnen haben Zugang zu einer Altersrente.

Als Folge der Kampagne ordnete ein Gericht an, dass Fabriken registriert werden müssen – umgesetzt ist die Gerichtsanordnung allerdings noch nicht.



«In der schwierigsten Zeit, die wir durchgegangen sind, seid ihr auf uns zugekommen, und gemeinsam haben wir für unsere gemeinsamen Ziele und für Gerechtigkeit gekämpft. Eure Unterstützung ist sehr wertvoll und wichtig für uns.»

Vereinigung der an Silikose erkrankten Schmucksteinschleifer in China



Pakistanische Arbeiterinnen und ihre Gewerkschaften fordern Sicherheit am Arbeitsplatz.

Foto: NTUF

Maghreb/Algerien – Regierung unterdrückt maghrebinisches Forum der Erwerbslosen

Am Morgen des 20. Februar 2013 verhaftete die algerische Polizei elf Erwerbslose aus Mauretanien, Marokko und Tunesien, die mit Unterstützung durch den SOLIFONDS nach Algerien gereist waren, um am Forum von maghrebinischen Erwerbslosen teilzunehmen. Die Polizei verfrachtete sie auf den Flughafen, wo sie bis zu drei Tage ausharren mussten, ehe sie aus dem Land geschafft wurden. Algerische TeilnehmerInnen des Forums wurden den ganzen Tag am Sitz der unabhängigen Gewerkschaft SNAPAP festgehalten.

Mit diesem repressiven Vorgehen verhinderten die algerischen Behörden und Sicherheitskräfte das Forum, des-

sen Ziel es war, den Kampf der verschiedenen Komitees gegen Erwerbslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse in einer «maghrebinischen Union» zusammenzuführen. Vorbereitungstreffen in Tunesien und Marokko hatten deutlich gemacht, wie wichtig ein gemeinsames Vorgehen im Maghreb ist, wenn es darum geht, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern sowie individuelle und kollektive Freiheiten zu erkämpfen. Es gehe darum, schreibt die Vorbereitungsgruppe, «gemeinsam eine solidarische Ökonomie aufzubauen, um Umverteilung und soziale Gerechtigkeit zu erreichen für ein Volk ohne Grenzen».

Maghreb – «Diplômés Chômeurs» (1.-Mai-Aktion)

Nach der Verhinderung des Forums der Erwerbslosen in Algerien und in der Überzeugung, dass die «diplômés chômeurs», die ausgebildeten Arbeitslosen, in den Maghrebstaaten einen wichtigen Kampf für die soziale Befreiung führen, entschied der SOLIFONDS, seine 1.-Mai-Aktion zugunsten dieses Kampfes durchzuführen. Dass die Organisationen der Erwerbslosen dringend finanzielle Mittel benötigen, steht ausser Frage. Trotzdem mussten wir den grössten Teil der Spenden vorläufig zurückstellen. Denn seit dem Sommer haben sich die Ereignisse in Tunesien überstürzt und die Union der Erwerbslosen (UDC) war zu-

sammen mit andern Volksorganisationen permanent auf der Strasse, um die Demokratisierung des Landes einzufordern und zu verteidigen. In dieser ausserordentlichen Situation war die Kommunikation nicht immer einfach.

In Algerien werden die Erwerbslosenkommitees erbarungslos verfolgt. Kaum kommen sie zusammen, ist auch gleich schon ein Polizeiaufgebot zur Stelle. Zentrale Personen der Bewegung wurden wiederholt verhaftet und unter Anklage gestellt. Ein Organisationsaufbau ist unter diesen Umständen nur langsam möglich und die Unterstützung von aussen wird erschwert.

Deshalb wurde erst ein kleiner Teil der 1.-Mai-Aktions-Spenden gebraucht. Wir ermöglichten einer Gruppe von zwanzig Chômeurs aus dem tunesischen Hinterland die Teilnahme am Weltsozialforum und finanzierten der unab-

hängigen Gewerkschaft SNAPAP, die die Kämpfe der «diplômés chômeurs» in Algerien koordiniert, den Kauf eines Computers. Der verbleibende Betrag wurde für kommende Aktivitäten zurückgestellt.



«Wir grüssen euch zu eurem Jubiläum. Gemeinsam kämpfen wir weiter. Es lebe die Solidarität gegenüber dem Kapital und seinem zerstörerischen neoliberalen Modell.»

Gewerkschaft des Getränkesektors (Stibys), Honduras

Sri Lanka – Gewerkschaftsjugendbewegung für soziale Gerechtigkeit

Auf den Teeplantagen in Sri Lanka arbeiten mehrheitlich Frauen, weit über die Hälfte der ArbeiterInnen sind Jugendliche. Mit der Privatisierung der Plantagen in den 1990er Jahren war die Gewerkschaft der PlantagenarbeiterInnen geschwächt worden. Heute sind viele der jungen ArbeiterInnen nicht gewerkschaftlich organisiert. Weil zudem die Gewerkschaftsführung von älteren Arbeitern geprägt ist, ist für junge Leute die Gewerkschaft wenig attraktiv. Die Gewerkschaft der PlantagenarbeiterInnen hat dies als gefährliche Entwicklung erkannt und hat deshalb eine Kampagne lanciert, um junge GewerkschaftsaktivistInnen stärker zu fördern. Dazu gehören Treffen auf den Plantagen: An diesen lernen junge ArbeiterInnen,

alltägliche Arbeitskonflikte anzugehen und sie in einem grösseren gesellschaftlichen Kontext zu betrachten. Weiter sollen junge AktivistInnen Sportveranstaltungen für junge PlantagenarbeiterInnen organisieren: Dadurch lernen sie, in demokratischen Prozessen Veranstaltungen zu planen, durchzuführen und Verantwortung zu übernehmen. Anschliessend führt die Gewerkschaftsjugend eine Konferenz mit anderen Gewerkschaften und sozialen Organisationen zur Vernetzung und Stärkung der Solidarität durch. Ziel ist es, mittelfristig eine Bewegung der Gewerkschaftsjugend aufzubauen, die gegen soziale Ungerechtigkeiten kämpft. Der SOLIFONDS unterstützt diese Kampagne mit einem Beitrag aus dem SAH-Personalsolifonds.

Togo – Demokratische Gewerkschaften von unten aufbauen

Togo ist eines der ärmsten Länder. 61 Prozent der Bevölkerung leben in Armut, 96 Prozent der Menschen arbeiten im informellen Sektor. Formelle Arbeitsverhältnisse gibt es höchstens beim Staat, wobei die Löhne der Angestellten der öffentlichen Verwaltung seit 40 Jahren nicht erhöht worden sind. Soziale Proteste werden regelmässig mit brutaler Gewalt niedergeschlagen.

Letztes Jahr kamen die lange hinausgezögerten Wahlen der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben und für die nationale tripartite Kommission endlich zu einem Abschluss, doch bis heute konnte keine Sitzung einberufen werden, weil die Gewerkschaftszentralen, in Missachtung der Nöte der Bevölkerung, weiter um das Resultat streiten. In dieser Situation haben sich im Januar 29 Basisgewerk-

schaften, die die informell Arbeitenden organisieren, zur «Synergie des Travailleurs du Togo» (STT) zusammengeschlossen, mit dem Ziel, die gewerkschaftlichen Forderungen gegenüber Staat und Unternehmern klar zu vertreten und öffentlich dafür zu mobilisieren. Als erste Aktion führten sie im März einen 72-stündigen Generalstreik durch, der von 80 Prozent der Arbeitenden befolgt wurde. Zusammen mit sozialen Bewegungen und Menschenrechtsgruppen setzt sich STT grundsätzlich für Demokratie und Menschenrechte in Togo ein. Eine zentrale Rolle bei den Protestaktionen und dem Aufbau demokratischer Gewerkschaften kommt der Bau- und HolzarbeiterInnengewerkschaft FTBC zu. Über sie hat der SOLIFONDS die Mobilisierungen und die Informationskampagnen für Basisleute unterstützt.



«Mit der internationalen Solidarität werden wir es schaffen, die Welt zu verändern. In den Ländern der Dritten Welt haben wir noch immer Situationen des Elends, Menschen- und Gewerkschaftsrechte werden permanent verletzt. Heute, in einer Zeit der Krise, in der die Reichen immer reicher werden und die Armen immer verletzlicher, ist deshalb die internationale Solidarität enorm wichtig.»

Gewerkschaft der Holz- und BauarbeiterInnen (FTBC), Togo

Oaxaca/Mexiko – zentralamerikanisches Treffen «Ja zum Leben ... Nein zu den Minen»

Im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca sind zwei Bergbauminen in Betrieb (Capulálpam de Méndez und San José del Progreso) und rund dreissig Bergbauprojekte sind in Planung; landesweit sind 30 Prozent des Territoriums von Minenkonzessionen betroffen. Wie überall hat auch in Mexiko die Minentätigkeit sozial und ökologisch katastrophale Folgen. Die betroffenen Menschen wehren sich deshalb vielerorts gegen den Bergbau.

Vom 17. bis 20. Januar 2013 fand in Oaxaca das mittelamerikanische Treffen «Ja zum Leben ... Nein zu den Minen» statt, das der SOLIFONDS unterstützt hat. Daran

nahmen VertreterInnen von sozialen Bewegungen, indigenen Gemeinschaften und Kleinbauernorganisationen vor allem aus Oaxaca teil, aber auch VertreterInnen von betroffenen Gemeinschaften aus anderen mexikanischen Bundesstaaten sowie aus Guatemala, Costa Rica und Honduras. Das Treffen war wichtig, um den Widerstand gegen die Minenprojekte regional zu stärken. Die Teilnehmenden sprachen sich gegen ein Wirtschaftssystem aus, das auf dem Bergbau gründet, und forderten stattdessen eine Ausrichtung der Wirtschaft auf die Bedürfnisse der Menschen sowie den Respekt der Umwelt.

Brasilien – Landlose kämpfen gegen ihre Kriminalisierung

Im vergangenen Jahr hat die Landlosenbewegung MST im Bundesstaat Minas Gerais diverse brachliegende Grundstücke besetzt, auf welchen heute 480 Familien leben. Mit den Besetzungen geht es darum, den politischen Druck zu verstärken, damit die in der Verfassung festgeschriebene Landreform endlich umgesetzt wird. Gerade im Norden von Minas Gerais, einer der ärmsten Gegenden Brasiliens, wäre eine solche dringend nötig und möglich: Hier gibt es eine immense Zahl von LandarbeiterInnen ohne eigenes

Land und gleichzeitig riesige Ausdehnungen von Latifundien, die nicht produktiv genutzt werden.

Jedoch hat auch der Druck auf die LandbesetzerInnen zugenommen: Allein im letzten Jahr wurden bis November in Minas Gerais 19 Landbesetzungen polizeilich geräumt. Damit die MST gegen die Räumungen der Landbesetzungen juristisch vorgehen und für die Verteidigung von angeklagten Landlosen sorgen kann, hat der SOLIFONDS die Landlosenbewegung erneut unterstützt.

Peru – Widerstand gegen Goldmine Yanacocha

Die Minenfelder, die das Unternehmen Yanacocha – Tochter des US-Multis Newmont Mining – in den letzten zwanzig Jahren in Cajamarca im nördlichen Peru ausgebeutet hat, sind langsam erschöpft. Deshalb will Yanacocha die Abbaufäche mit neuen Projekten verdoppeln, dazu gehört Minas Conga. Mit der Realisierung dieses Projekts würden zahlreiche Bergseen, Bäche, Moore und Quellen verschwinden. Deshalb widersetzt sich die Bevölkerung – Kleinbauernfamilien, deren Lebensgrundlagen zerstört

würden, BewohnerInnen zahlreicher Dörfer, die von den Wasserquellen abhängig sind – seit zwei Jahren einer Ausweitung der Minentätigkeit mit friedlichen Mitteln. Der SOLIFONDS unterstützt Versammlungen zur Verteidigung des Rechts auf Wasser und zur Vorbereitung von Mobilisierungen der betroffenen Dörfer, um Druck auf die Regierung zu machen. Die Situation ist angespannt, denn immer wieder kommt es zu Provokationen von Seiten der Sicherheitskräfte oder des Minenunternehmens.

Peru – Espinar: keine Lösung im Konflikt mit Xstrata

Im Mai 2012 wurden die Proteste der Bevölkerung in der Gemeinde Espinar im südlichen Andenhochland mit Polizeigewalt unterdrückt. Die Menschen demonstrierten gegen die schwere Umweltverschmutzung im Umfeld der Xstrata-Mine sowie gegen die fehlende Bereitschaft des Konzerns, nach einer Lösung zu suchen. Anführer von Volksorganisationen und sogar der Bürgermeister wurden verhaftet und angeklagt.

Im vergangenen Jahr schien sich eine Lösung anzubahnen, als ein Dialogprozess zwischen der betroffenen Bevölkerung, dem Minenunternehmen und den zuständigen Ministerien in Gang kam. Die unnachgiebige Haltung von Xstrata liess jedoch den Dialog in einer Sackgasse en-

den: Der Konzern weigerte sich, Verantwortung im Zusammenhang mit der Umweltverschmutzung zu übernehmen und die finanziellen Zuwendungen an die Gemeinde von 3 auf 4,5 Prozent seines Gewinns zu erhöhen.

Gleichzeitig intensivierte die Staatsanwaltschaft ihr Vorgehen gegen die Angeklagten und fordert nun bis zu zehnjährige Haftstrafen. Doch nicht genug: Die Nationalregierung kürzte zudem die Mittel für die Gemeinde Espinar um 93 Prozent. Eine Strafaktion, die der Gemeinde und ihrem gewählten Präsidenten zeigen soll, dass es ohne das Minenunternehmen nicht geht.

Der Beitrag des SOLIFONDS ermöglicht, dass angeklagte Protestierende vor Gericht verteidigt werden können.



Protestmarsch im Gedenken an die getöteten Kleinbauern von Cajamarca, die sich dem Minenprojekt Conga widersetzt haben. Foto: Grufides



Jahrestag des Massakers an Landlosen in Curuguaty, Paraguay: Überlebende und Solidarische besetzen das umstrittene Landstück, sie erinnern an die Ermordeten und fordern Wahrheit und Gerechtigkeit.

Foto: MAP

Paraguay – Mobilisierungen und Rechtshilfe im Nachgang des Massakers von Curuguaty

Nach dem Massaker von Curuguaty im Juni 2012 mit elf getöteten Campesinos und sechs getöteten Polizisten wurden gegen fünfzehn Landlose schwerste Anklagen erhoben. Dies, ohne dass eine Untersuchung des Massakers durchgeführt worden wäre. Dank der Intervention von Anwälten gelang es bis zum Frühjahr 2013, dass zwölf Angeklagte bis zum Prozess in Hausarrest entlassen wurden. Die Anklage gegen die Landlosen beibt indes bestehen, den Angeklagten drohen jahrzehntelange Gefängnisstrafen. Demgegenüber fordern die Hinterbliebenen der getöteten Campesinos noch immer eine unabhängige Untersuchung der Ereignisse – bis jetzt erfolglos. Sie legten

Beweise vor, dass es zu regelrechten Hinrichtungen in Curuguaty gekommen war, aber davon will die Justiz nichts wissen.

Die Landlosen von Curuguaty lassen sich nicht entmutigen und kämpfen seit über einem Jahr für Wahrheit, Gerechtigkeit und für ihr Land. Am Jahrestag des Massakers haben sie für einige Zeit das Landstück in Curuguaty erneut besetzt. Der SOLIFONDS hat einen Beitrag an die Kosten für die Anwälte und die Reisen der Angehörigen in die Gefängnisse und zu den Gerichtsverhandlungen übernommen, ebenso für das Material, das für die Besetzung des Landstücks in Curuguaty benötigt wurde.

Indien – gegen Vertreibungen der Slum-BewohnerInnen

In Dharavi, einem Stadtteil der Metropole Mumbai, lebt auf rund zwei Quadratkilometern Fläche eine Million BewohnerInnen. Mit dem raschen Wachstum Mumbais ist Dharavi zu einem Slum in der Stadt geworden, eingeklemmt zwischen dem Zentrum und den Vororten der Reichen. Damit ist der Boden attraktiv geworden. Seit Jahrzehnten sprechen Regierungen immer wieder von Entwicklungsprogrammen für Dharavi. Bisher ist davon nichts umgesetzt worden, aber die AnwohnerInnen befürchten, dass jede Entwicklung des Viertels ihre gewaltsame Vertreibung zur Folge hat. Bereits im vergangenen Jahr wurden

über 200 Familien, die in direkter Nachbarschaft zu einer überirdischen Trinkwasserleitung lebten, vertrieben und ihre Häuser zerstört, weil sie angeblich die Wasserleitung angezapft hatten.

Für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen organisieren sich BewohnerInnen von Dharavi seit rund dreissig Jahren in Stadtteilkomitees und Arbeitsgruppen. Rund um den 31. Oktober 2012, Tag gegen Vertreibungen, führten sie mit Unterstützung durch den SOLIFONDS Treffen in verschiedenen Teilen des Viertels und eine Mobilisierung für das Recht auf Wohnraum und gegen Vertreibung durch.

Zimbabwe – Gemeinschaften gegen eine Ethanolfabrik

Bereits vor einem Jahr haben wir über den «Fluch des Agrosprits» für die Gemeinden in Chisumbanje in Zimbabwe berichtet. Um den Konflikt zwischen den Gemeinden, die um ihr Land fürchten und dessen Verschmutzung beklagen, und der Ethanolfabrik, die den Zuckerrohranbau ausdehnen will, einer Lösung näher zu bringen, wurde ein runder Tisch eingerichtet. Dies wurde dank der intensiven Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit der lokalen Organisation der Jugendlichen (PYD) möglich. Im Frühjahr schrieb uns PYD, dass die DorfbewohnerInnen durch die

se Arbeit deutlich gestärkt wurden – dazu hat die Unterstützung durch den SOLIFONDS wesentlich beigetragen (siehe untenstehendes Zitat). Allerdings muss nach den Wahlen vom Sommer 2013, die einen umfassenden Sieg der Partei ZANU-PF von Präsident Mugabe brachten, befürchtet werden, dass sich die Situation in Chisumbanje erneut zuspitzt. Der Dialog für die Suche nach einer Lösung ist auf Eis gelegt worden. Und zum dritten Mal in Folge haben Traktoren der Ethnaol-Fabrik die kurz vor der Ernte stehenden Felder der Gemeinde zerstört.



«Die Unterstützung durch den SOLIFONDS hat die DorfbewohnerInnen von Chisumbanje in ihrer Auseinandersetzung mit der Ethanolfabrik gestärkt. Der Unternehmer hat nun grosse Schwierigkeiten, sich über sie hinwegzusetzen, dies dank der internationalen Solidarität.»

Jugendorganisation PYD, Chisumbanje/Zimbabwe

Kolumbien – eine Geste der Solidarität gegen Einschüchterung

REDHER, ein solidarisches Netzwerk kolumbianischer Organisationen u.a. aus dem Bereich der Menschenrechte, hat Mitte August ein öffentliches, symbolisches Tribunal zur Tätigkeit von transnationalen Minenkonzernen in Kolumbien organisiert. Kurz vor der Durchführung des Tribunals wurde REDHER Opfer eines Raubüberfalls. Dabei wurden sämtliche Computer, Kameras, Aufnahmegeräte, ein Scanner sowie persönliche Dokumente und Telefone von AktivistInnen gestohlen. Der Raub war offensichtlich politisch motiviert und diente der Einschüchterung sowie der Torpedierung des bevorstehenden Tribunals. Zuvor hatte REDHER in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und betroffenen Gemeinden Anhörungen zu verschiede-

nen Minen-Multis durchgeführt. Nach dieser Anhörung erhielt ein Zeuge Morddrohungen und Gewerkschafter der Erdölgewerkschaft USO wurden eingeschüchtert, weil sie gegen einen Erdölkonzern ausgesagt hatten.

REDHER gelang es kurzfristig, mehrere Computer auszuleihen und so das symbolische Tribunal Mitte August trotzdem durchzuführen. Damit das Netzwerk seine wichtige Arbeit auch in Zukunft fortführen kann und sich nicht von der Durchführung weiterer öffentlicher Anhörungen und von der Kritik an transnationalen Konzernen abhalten lässt, hat der SOLIFONDS als Geste der Solidarität einen finanziellen Beitrag an den Ersatz der nötigen Geräte geleistet.

Kolumbien – Gemeinsam gegen die Kriminalisierung sozialer Proteste

Präventivhaft ist in Kolumbien eine übliche Form der Kriminalisierung: Gezielt werden Führungspersonen von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften sowie MenschenrechtsverteidigerInnen ins Visier genommen und Strafuntersuchungen auf dubioser Basis gegen sie eingeleitet. Um gegen diese Kriminalisierung der sozialen Proteste vorzugehen, hat das Solidaritätskomitee mit politi-

schen Gefangenen CSPP die Vernetzung von betroffenen Sozialbewegungen, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und Gemeinschaften initiiert. An regionalen und einem landesweiten Treffen, die der SOLIFONDS unterstützt hat, haben sich die Betroffenen über die Methoden der Kriminalisierung ausgetauscht und Strategien diskutiert, wie sie dieser Praxis entgegentreten, sie öffentlich

anklagen und die Betroffenen besser schützen können. Gemeinsam haben sie eine Kampagne entworfen. Teil der Kampagne sind unter anderem die Schulung sozialer Aktivistinnen und Aktivisten zu den rechtlichen Instrumenten gegen Präventivhaft und Kriminalisierung, die Dokumen-

tation von Fällen der Kriminalisierung und die Information über Medienkanäle. Ebenfalls gehören die juristische Begleitung der betroffenen Personen sowie das rechtliche Vorgehen gegen die Praxis der falschen Anklagen und Präventivhaft dazu.

Tunesien – erstes regionales Sozialforum in Menzel Bouzayene

Anfangs 2013 erfasste ein eigentliches Sozialforum-Fieber die engagierten Menschen in Tunesien, denn es war für sie politisch wichtig und erfüllte sie auch mit Stolz, dass im März das Weltsozialforum in Tunis stattfinden sollte. In verschiedenen Regionen des Landes wurden vorgängig regionale Sozialforen durchgeführt, um eine möglichst breite Teilnahme an der Vorbereitung und an den Diskussionen des Weltsozialforums zu ermöglichen.

Um die Beteiligung der Basisorganisationen zu unterstützen, hat der SOLIFONDS einen Beitrag an das regi-

onale Sozialforum in Menzel Bouzayene geleistet, einer Nachbarstadt von Sidi Bouzaid, wo die Revolution 2011 ihren Ausgang nahm. Seit damals finden in der Region permanent Mobilisierungen und Ende 2012 auch Hungerstreiks gegen den «Verrat an der Revolution» statt. So kritisierten die mehrheitlich jungen Leute am regionalen Sozialforum die stockende Demokratisierung und die andauernde wirtschaftliche Krise des Landes und zeigten sich entschlossen, mit weiteren Protestaktionen für ein anderes Tunesien zu kämpfen.

Tunesien – RAID – die politischen Ereignisse überschlagen sich

Eigentlich plante das tunesische Netzwerk RAID für diesen Sommer eine breite Kampagne gegen ein neues Abkommen der Übergangsregierung mit dem IWF, das Kürzungen im Sozialbereich zur Folge gehabt hätte, insbesondere bei der Subvention der Grundnahrungsmittel. Damit wären die

ärmsten Menschen in Tunesien sehr hart getroffen worden.

Dann aber wurde im März der Politiker Chokri Belaid und im Juli der Abgeordnete Mohamed Brahmi ermordet. Beide gehörten linken Parteien an, die sich in einer Volksfront zusammengeschlossen hatten. Als Reaktion auf

die Gewalt wurde am 26. Juli die Nationale Rettungsfront (FSN) gegründet, ein breites Bündnis von linken, liberalen und nationalistischen Parteien sowie von vielen sozialen Organisationen. Mit tagelangen Sitzstreiks und Demonstrationen zwangen sie die Übergangsregierung und die verfassungsgebende Versammlung, beide unter der Kontrolle der islamistischen Ennahdah-Partei, zu Zugeständnissen. Neu soll eine Regierung von Technokraten die Wahlen

vorbereiten, die schon längst hätten durchgeführt werden müssen.

Statt gegen den IWF verwendete RAID die Mittel des SOLIFONDS für die Mobilisierungen gegen die Regierung, die für die beiden Morde verantwortlich gemacht wird. Mit den Protesten hat das basisdemokratische Tunesien die Revolution von 2011 verteidigt, insofern ist die Unterstützung des SOLIFONDS sicherlich richtig verwendet worden.

Tunesien: Die vom IWF geforderte Austeritätspolitik trifft breite Bevölkerungsschichten hart. Im Bild demonstrieren die ausgebildeten Erwerbslosen im Rahmen des Weltsozialforums.

Foto: SOLIFONDS



Information und Vernetzung

Bildung / Veranstaltungen

8.12.12: An den Menschenrechtsfilmtagen in Luzern beteiligt sich der SOLIFONDS mit einer Präsentation zur aktuellen Situation in Paraguay im Anschluss an den Film «Raising Resistance».

19.1.13: Inhaltliche Mitarbeit und Durchführung eines Workshops an der Tour de Lorraine in Bern zum Thema Rohstoffe.

7.2.: Mitorganisation einer Tagung in Bern zur industriellen Landwirtschaft, zusammen mit Uniterre, Longo Maï, Unia, L'autre syndicat u.a. Eingeladen wurden zwei marokkanische Arbeiterinnen aus der südspanischen Gemüseindustrie sowie ein Vertreter der LandarbeiterInnengewerkschaft SOC. In Zürich hat der SOLIFONDS in Zusammenarbeit mit der Unia eine weitere öffentliche Veranstaltung organisiert.

8.3.: An der Jahresversammlung des «Vereins zur Unterstützung indianischer Landforderungen im paraguayischen Chaco» informiert der SOLIFONDS zur aktuellen Entwicklung in Paraguay nach dem Massaker von Curuguaty.

29.4.: Teilnahme an einem Filmzyklus der Kritischen Politik an der Universität Zürich mit einem Referat zu Frei-

handelspolitik und Alternativen von unten nach der Krise in Argentinien.

14./15.5.: Im Lehrgang «Management in gewerkschaftlichen Organisationen» des Bildungsinstituts der Gewerkschaften «movendo» führt der SOLIFONDS einen eineinhalbtägigen Kurs zu Globalisierung und internationaler Solidarität durch.

24.5.: Am PeaceWatch-Training für MenschenrechtsbeobachterInnen führt der SOLIFONDS ein Modul zu Freihandel in Lateinamerika und zur Situation in Honduras durch.

1.6.: Der SOLIFONDS feiert mit UnterstützerInnen, FreundInnen und Bekannten seinen 30. Geburtstag mit einem Fest in Zürich.

21.6.: Tagung «Aufbruch in Lateinamerika» am gewerkschaftlichen Bildungsinstitut movendo.

5.9.: Öffentliche Veranstaltung in Zürich mit Jorge Galeano, Vertreter der paraguayischen Bauernbewegung MAP, und Martina Paredes, Vertreterin der Opfer des Massakers von Curuguaty.

12.9.: Teilnahme an der Vertrauensleute-Tagung der Unia Nordwestschweiz mit einem Referat zu Konflikten rund um Schweizer Multis.

Vernetzung

MultiWatch

MultiWatch beobachtet seit 2005 die Tätigkeiten von multinationalen Konzernen mit Sitz in der Schweiz, um öffentlich zu machen, wo diese Menschenrechte verletzen und an Konflikten beteiligt sind. Der SOLIFONDS engagiert sich im Vorstand und in Arbeitsgruppen von MultiWatch. In diesem Rahmen hat er sich an einer Kampagne zu Glen-core Xstrata beteiligt. Ebenfalls hat er von den Gewerkschaften mitgetragene Protestbriefe an den Schweizer Zementkonzern Holcim initiiert, nachdem eine Schweizer Fotografin und ihr Übersetzer beim Fotografieren eines Holcim-Zementwerks im indischen Chhattisgarh von Holcim-Sicherheitsleuten tätlich angegriffen worden waren.

KEESA

Das Oberste Gericht der USA fällte im April ein weitreichendes Urteil, indem es die Anwendung des Alien Tort Statutes bei extraterritorialen Handlungen im Fall Ogoni versus Shell verneinte. Damit stellte es auch die wesentliche Rechtsgrundlage der Apartheidklagen in Frage. Am 21. August hat denn auch das 2. Appellationsgericht in New York die Apartheidklagen zurückgewiesen. Die Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen

Afrika (KEESA), in der der SOLIFONDS im Ausschuss mitarbeitet, bedauerte diesen Entscheid zugunsten der Apartheidprofiteure auf Kosten jener, die unter dem rassistischen Regime zu Schaden kamen.

Zusammen mit den Basler Afrika Bibliographien hat die KEESA für November 2013 eine Konferenz zur Landfrage im Südlichen Afrika vorbereitet.

NRO-Koordination Kolumbien

Der SOLIFONDS ist Teil der Koordination von Nichtregierungsorganisationen, die in Kolumbien Projekte unterstützen – eine wichtige Stelle der Vernetzung und der gegenseitigen Information.

Delegationsreise Almería

29.11.-3.12.12: Teilnahme an einer Delegationsreise nach Almería, Treffen mit der LandarbeiterInnengewerkschaft SOC, insbesondere mit den Arbeiterinnen der Verpackungsindustrie.

Weltsozialforum in Tunis

21.3.-1.4.: Der SOLIFONDS nimmt am Weltsozialforum (WSF) in Tunis teil und beteiligt sich aktiv am Vorprogramm der Delegation aus der Schweiz: Vortrag zum Volksaufstand

im Gafsa-Becken von 2008; Organisation eines Treffens mit VertreterInnen von SNAPAP Algerien. Zusammen mit Alliance Sud organisiert er einen Workshop zu Schulden und Rückführung von Diktatoren-Geldern. Weiter finden Treffen mit der Union Diplômés Chômeurs, AktivistInnen aus Redeyef, mit RAID und JournalistInnen aus Tunesien statt.

GLI – Summer School

8.-12.7.: Teilnahme an der internationalen summer school vom Global Labour Institute GLI in Barnsley, England.

Besuche

Sie sind auf Durchreise oder nehmen an einer Konferenz in der Schweiz teil und benutzen diese Gelegenheit, um den SOLIFONDS zu besuchen und mit uns Informationen auszutauschen.

Dieses Jahr waren es aus Kolumbien César Luque Fandiño vom Gewerkschaftsdachverband CUT in der Region Valle del Cauca und Jesús Yondapiz, Vertreter der Indigenenorganisation CRIC, sowie Franklin Castañeda vom Solidaritätskomitee mit politischen Gefangenen (CSPP). Aus Peru kam Marco Arana, von der Kirchenhierarchie ab-

Fotos von links nach rechts:

Shalini Gera, Rechtsberaterin der Leiharbeiterinnen-Gewerkschaft PCSS in Indien; Mbarka el Goual, Gewerkschaftsaktivistin, im Gespräch mit ihren KollegInnen von der LandarbeiterInnen-gewerkschaft SOC-Almería/Südspanien; Martina Paredes von der Opferkommission von Curuguaty/Paraguay.

Fotos: SOLIFONDS



berufener Pfarrer, weil er im Widerstand gegen die Ausdehnung einer Mega-Goldmine in Cajamarca aktiv ist. Betina Cruz schliesslich ist Teil der Basisbewegung in Mexiko, die sich im Isthmus von Tehuantepec gegen den Ausbau der Windparks wehrt.

Yassine Zaid von der algerischen Liga für Menschenrechte trafen wir zusammen mit Ron Oswald, Generalsekretär der internationalen Lebens- und Nahrungsmittelgewerkschaft (IUL). Yassine ist neu Vertreter der IUL in Nordafrika.

Aus Asien besuchte uns Nasir Mansoor vom pakistanischen Gewerkschaftsdachverband NTUF. Shalini Gera von der indischen Gewerkschaft von LeiharbeiterInnen bei Holcim hätte als Teil einer vierköpfigen Delegation anreisen sollen, wegen Klagen von Holcim und ausserordentlicher bürokratischer Hürden haben jedoch drei GewerkschafterInnen ihre Pässe nicht rechtzeitig bekommen. Aufgrund der Unsicherheit, ob überhaupt jemand anreisen könne, mussten bereits geplante Veranstaltungen abgesagt werden.



Die Jahresrechnung 1.10.2012 - 30.9.2013 im Überblick

Einnahmen

Beiträge Stifter- und Mitstifterorganisationen	45'940.00
Einbezahlte Beitragsversprechen	125'280.00
Zweckgebundene Einzelspenden	140'541.58
Zweckgebundene Organisations-spenden	93'000.00
Freie Spenden	112'264.21
Spenden 30 Jahre	23'473.63
Honorare / Verwaltungsbeiträge	4'141.00
Zinserträge	2'391.00
Bezüge Rückstellungen	12'703.21

Total Einnahmen 559'734.63

Ausgaben

Personalkosten	-174'164.40
Betriebsaufwand	-22'011.35
Informationsaufwand	-35'177.73
Überweisungen an Partnerorganisationen ¹⁾	-322'299.02

Total Ausgaben -553'652.50

Überschuss 6'082.13

¹⁾ Überweisungen an Partnerorganisationen

Afrika:

Südafrika: Streik LandarbeiterInnen	53'864.00	x						x
Ägypten: Unabh. Gewerkschaften	24'852.00	x				x		
Tunesien: Chômeurs	2'475.20	x				x		
Algerien: Chômeurs	16'620.00	x				x		
Südspanien: Arbeitsmigrantinnen	13'466.90	x	x					
Togo: Gewerkschaftsdemokratie	31'065.00	x				x		
Tunesien: IWF-Kampagne	6'200.00					x		
Zimbabwe: gegen Landenteignung	7'908.40				x			x
Südafrika: ILO-Kampagne	1'500.00	x	x					
Mali: Hausarbeiterinnen	8'657.60	x	x					

Asien:

Indien: Holcim-Kampagne	7'084.00	x		x				
Indien: Gegen Vertreibung	977.31				x			
Pakistan: Arbeitssicherheit	15'000.00	x	x					
Sri Lanka: Gewerkschaftsjugend	15'000.00	x						

Lateinamerika:

Peru: Rechtshilfe Minenwiderstand	9'583.00			x				x
Mexiko: Minenwiderstand	4'500.00				x			x
Kolumbien: Streik Glencore	23'000.00	x		x				
Brasilien: Landlose	11'000.00			x				x
Kolumbien: LeiharbeiterInnen	15'000.00	x			x			
Kolumbien: Raubüberfall	5'000.00				x	x		
Paraguay: Landlose	19'527.05			x		x		x
Peru: Widerstand Goldmine	26'111.00							x
Kleinstunterstützungen	2'500.00							
Ausgleichszahlungen	1'407.56							

Total 322'299.02

Kommentar zur Jahresrechnung

Nebenstehend finden Sie eine Übersicht der Jahresrechnung, auf den Seiten 30-31 eine detaillierte Aufstellung.

Gegenüber dem Vorjahr schliesst die Rechnung 2013 besser ab. Mit dem Überschuss von Fr. 6'082.13 ist das Vorjahresdefizit gedeckt. Zu diesem guten Ergebnis haben die höheren Einnahmen bei den Beitragsversprechen (+ 7'355) sowie den zweckgebundenen (+ 13'956) und freien Spenden (+ 15'852) beigetragen, die wieder den Einnahmen von 2011 entsprechen.

Im Gegensatz zum Vorjahr durften wir kein Legat entgegennehmen, dafür hat eine Werbekampagne mit Unterstützung von SP und Gewerkschaften zum 30-jährigen Bestehen des SOLIFONDS gut 23'000 Franken an Spenden ergeben. Diese Spenden wurden in die Aktionskasse eingelegt, aus der kurzfristige Unterstützungen an Partnerorganisationen finanziert werden.

Die Ausgaben der SOLIFONDS-Rechnung umfasst die vier Bereiche Koordination, Betrieb, Information und Unterstützungen an Partnerorganisationen. Der Aufwand für die Koordination ist 2013 gleich geblieben wie im Vorjahr. (Der im Vorjahr um Fr. 4'000 tiefere Betrag ergab sich aus versicherungstechnischen Rückzahlungen.) Auch die Ausgaben für die Betriebskosten und die Information (Übersetzungen, Druck und Versand der Informationsbulletins) blieben auf Vorjahresniveau. Die Überweisungen an un-

sere Partnerorganisationen nahmen um gut Fr. 20'000 zu.

Der vom SOLIFONDS treuhänderisch verwaltete SAH-Personalsolifonds wies per 30.9.2013 einen Stand von Fr. 146'085.85 (Vorjahr: 69'328.75) aus.

Das Verhältnis zwischen Koordination (im Wesentlichen Lohnkosten) und finanziellen Unterstützungen für unsere Partnerorganisationen hat im letzten Jahr zu kritischen Fragen von Spendenden geführt. Im Nachfolgenden möchten wir auf diese Fragen eingehen, weil sie uns deutlich gemacht haben, dass die Rechnungszahlen allein den Auftrag und die Arbeit des SOLIFONDS zu wenig klar wiedergeben.

Der SOLIFONDS unterstützt Aktionen und Kampagnen von Partnerorganisationen zur politischen Durchsetzung von Rechten und Forderungen finanziell. Dabei variieren die Beitragsgrössen zwischen wenigen Tausend und einigen Zehntausend Franken, wobei der Aufwand für das Koordinationsbüro nicht gross differiert. Sollten wir deshalb die kleinen zugunsten der grösseren Unterstützungen fallen lassen? Der SOLIFONDS meint nicht, denn kleine Unterstützungen sind oft genauso wichtig und wirksam wie grosse, das hängt sehr von den Umständen und Kosten in den jeweiligen Ländern ab.

Finanzielle Unterstützung ist aber nur die eine Seite, Information und politische Unterstützung gehören genauso zum Auf-

trag des SOLIFONDS. Der SOLIFONDS berichtet über Solidaritätsaktionen – dazu gehören Informationsbulletins, Kampagnen und Veranstaltungen – und unterstützt seine Partnerorganisationen mit politischer Arbeit in und von der Schweiz aus. Wir vermitteln ihnen Zugang zu staatlichen Stellen oder Organisationen in der Schweiz und begleiten sie. Jedes Jahr formuliert das Koordinationsbüro zahlreiche Protestschreiben oder initiiert internationale Protestbriefaktionen. Dieser Bereich der Unterstützungsarbeit ist ein nicht unbedeutender Teil der Koordinationsarbeit, aber er ist nicht so direkt sichtbar wie die Summe der Überweisungen an die Partnerorganisationen.

Weiter prüft das Koordinationsbüro Gesuche eingehend, die dann aufgrund verschiedener Faktoren nicht unterstützt werden können, es pflegt stetigen Kontakt zu den unterstützten Partnerorganisationen, nimmt die Gelegenheit wahr, VertreterInnen von Partner- oder weiteren befreundeten Organisationen zu treffen, die sich auf der Durchreise in der Schweiz befinden, verfolgt die politischen Entwicklungen in zahlreichen Weltregionen und arbeitet aktiv in Netzwerken wie Multi-Watch und KEESA mit.

Neben den Unterstützungsaktionen und der Informationsarbeit übernimmt das Koordinationsbüro mit zwei 70-Prozent-Stellen die gesamte Administration oder auch die grafische Gestaltung der Informationsbulletins und Jahresberichte.

Jahresrechnung im Detail

(in CHF)

Rechnung 2012/13

Rechnung 2011/12

Beiträge Stifter	42'000.00	42'000.00
Beiträge Mitstifter	3'940.00	3'590.00
Zinserträge	2'391.00	1'909.50
Personalaufwand	- 174'164.40	- 170'569.25
Betriebsaufwand	- 22'011.35	- 21'948.25
Zwischentotal	- 147'844.75	- 145'018.00
Einnahmen Honorare, Referate	4'141.00	1'192.00
20% Projektbearbeitung	62'261.00	55'298.00
KOORDINATION	- 81'442.75	- 88'528.00

Informationsaufwand	- 29'620.48	- 31'932.95
Werbeaktion 30 Jahre	- 5'662.85	0.00
Einnahmen Recherchierfonds	105.60	25.00
Ausgaben Recherchierfonds	0.00	0.00
Zwischentotal	- 35'177.73	- 31'907.95
10% Informationsaufwand Aktionen	28'044.00	23'101.00
Bezug Rückstellung für Informationsaufwand	0.00	0.00
Rückstellung Recherchierfonds	- 105.60	25.00
INFORMATION	- 7'239.33	- 8'831.95

UNTERSTÜTZUNGSAKTIONEN

<i>Beitragsversprechen</i>		
Beitragsversprechen	125'280.00	117'925.00
Zweckgebundene Spenden	93'773.23	93'226.17
Unterstützungen an Partnerorganisationen	- 112'873.90	- 138'893.51
Zwischentotal	106'179.33	72'257.66
Projektbearbeitung	- 22'215.00	- 27'779.00
Informationsaufwand	- 11'107.00	- 13'889.00
./. Einlage Rückstellungen	- 72'857.33	- 30'589.66

(in CHF)

Rechnung 2012/13

Rechnung 2011/12

1.-Mai-Aktion

Spenden 1.-Mai-Aktion	26'840.50	24'472.40
Ausgaben 1.-Mai-Aktion	- 4'095.20	- 38'947.60
Zwischentotal	22'745.30	- 14'475.20
Projektbearbeitung	- 819.00	- 7'789.00
Informationsaufwand	- 410.00	- 3'895.00
./. Einlage Rückstellungen	- 21'516.30	26'159.20

Aktionskasse

Spenden 30-Jahre-Jubiläum	23'473.63	0.00
laufende Spenden	69'927.85	38'886.60
Unterstützungen aus Aktionskasse	- 157'259.92	- 23'331.00
Zwischentotal	- 63'858.44	15'555.60
Projektbearbeitung	- 31'170.00	- 4'666.00
Informationsaufwand	- 15'586.00	- 2'333.00
./. Bezug Rückstellungen	110'614.44	- 8'556.60

Diverse Aktionen

Zweckgebundene Spenden Diverse Aktionen	43'000.00	116'000.00
Ausgaben an Partnerorg. Diverse Aktionen	- 45'570.00	- 97'498.30
Zwischentotal	- 2'570.00	18'501.70
Projektbearbeitung	- 8'057.00	- 15'064.00
Informationsaufwand	- 941.00	- 2'984.00
Bezug Rückstellungen	11'568.00	- 453.70
Kleinstunterstützungen	- 2'500.00	- 2'750.00

UNTERSTÜTZUNGSAKTIONEN	- 2'500.00	- 2'750.00
------------------------	------------	------------

FREIE SPENDEN	112'264.21	96'412.15
---------------	------------	-----------

Einlage Rückstellung Informationsfonds	- 15'000.00	0.00
--	-------------	------

GEWINN (+) / VERLUST (-)	+ 6'082.13	- 3'697.80
--------------------------	------------	------------

Bilanz per 30. September 2013

(in CHF)	Bilanz 2012/13	Bilanz 2011/12
Umlaufvermögen		
Kassa	0.00	11.25
Postcheck	20'607.35	156'772.02
E-Depositenkonto Postfinance	90'052.80	0.00
ZKB – Depositenkonto	1'506.69	3'857.29
ZKB – Sparkonto	112'355.50	132'176.50
Diverse Debitoren	2'176.10	1'428.80
Transitorische Aktiven	23'326.50	3'190.60
Anlagevermögen		
Depositenkonto WOGENO	81'264.95	80'056.85
Mobiliar + Einrichtung	1.00	1.00
Beteiligungen		
AKTIVEN	331'290.89	377'494.31

(in CHF)	Bilanz 2012/13	Bilanz 2011/12
Fremdkapital		
Diverse Kreditoren	7'177.50	3970.70
Transitorische Passiven	8'950.00	58'229.24
Rückstellungen Aktionen		
BV 3/10 – Peru	0.00	27'416.52
BV 2/11 – Indien/Pakistan	16'952.32	25'911.32
BV 3/11 – Südsanien/B'desh	14'323.64	15'004.54
BV 2/12 – Guatemala	27'246.80	23'623.30
BV 3/12 – Gegen Kriminalisierung	0.00	24'593.50
BV 2/13 – Peru	35'731.48	0.00
Aktionen Afrika (Legat)	0.00	11'207.70
1. Mai – Algerien	21'516.30	0.00
Aktionskasse	68'551.03	77'883.40
Rückstellungen allgemein		
Informationsfonds	42'232.19	27'232.19
Recher.fonds Schweiz - Südafrika	10'794.40	10'663.80
Stiftungsvermögen		
Eingangsbilanz	71'733.10	75'430.90
Jahresergebnis	6'082.13	– 3'697.80
Eigenkapital	77'815.23	71'733.10
PASSIVEN	331'290.89	377'494.31

Bericht der Revisionsstelle
zur Eingeschränkten Revision an den Stiftungsrat des
Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt, Neuenburg (SOLIFONDS)

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz und Betriebsrechnung) der Stiftung Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt (SOLIFONDS) für das am 30. September 2013 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Stiftungsrat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine Eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsys-

tems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Stiftungsurkunde entspricht.

*Gelterkinden, 23. Oktober 2013
BERO Treuhand AG, Roland Laube,
Dipl. Wirtschaftsprüfer*

Beitragsversprechenden, Spenderinnen und Spendern, den Stiftungen Berti Wicke, Crain-Zivvy und GlobalLokal sowie dem SAH-Personalsolifonds danken wir auch im Namen unserer Partnerorganisationen ganz herzlich für ihre Unterstützung.

Ein besonderer Dank geht dieses Jahr auch an die Gewerkschaften SEV, syndicom, Unia und vpod sowie die SP Schweiz, die dem SOLIFONDS zum 30-jährigen Bestehen eine Flyeraktion finanziert und damit geholfen haben, ihn weiter bekannt zu machen.

Bruno Hangarter – seit 30 Jahren unser Mann für die Zahlen



«Sali mitenand!» Mit einem Ruck wird die Bürotür aufgerissen und Bruno stürmt herein, Rucksack und zerlesene Zeitung landen auf einem Stuhl, mit einem schnellen Griff zieht Bruno die Unterlagen für die Buchhaltung aus seinem Fach, «übrigens

habe ich die Unterstützung Maghreb bei der Aktionskasse abgebucht, ist das gut so? Bis Ende Woche schicke ich euch die aktuelle Zusammenstellung, dann noch einen schönen Nachmittag», und schwupp, wie ein Spuk ist er wieder verschwunden.

Bruno Hangarter führt die Buchhaltung des SOLIFONDS seit 30 Jahren, seit der Gründung unserer Organisation.

Unglaublich, wie viele Zahlen Bruno sofort aus seinem Kopf abrufen kann: Eine telefonische Nachfrage nach einer Buchung beantwortet er ohne Zögern, nur um beim Abschied zu bemerken, er sei jetzt gerade auf einer Bergwanderung und freue sich über die schöne Aussicht.

Gut Weiterwandern, Bruno! Und gute weitere Zusammenarbeit! In der Vergangenheit haben wir letztlich noch jede Excel-Tabelle gemeistert. Nur einmal hat das Programm uns überlistet, 2011, als jener einzelne Rappen nicht aus der Rechnung verschwinden wollte; wie haben wir damals gesucht und uns geärgert. Die Erklärung und Absolution kam dann vom Revisor: eine versteckte Rundung des Programms, weiter nicht schlimm. Und so schauen wir auf 30 SOLIFONDS-Jahresabschlüsse zurück, alle perfekt, die Revisionen nie ein Problem.

Danke Bruno für deine tolle Arbeit. Und wie gesagt, auf eine gute weitere Zusammenarbeit. Wir freuen uns auf die nächste Excel-Tabelle.

Urs, Yvonne und der Stiftungsrat

Die Stiftung SOLIFONDS

Der SOLIFONDS bezweckt laut Stiftungsurkunde, «den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt und den Kampf um die Erringung und Gewährleistung der Menschenrechte, insbesondere der politischen und gewerkschaftlichen Grundrechte in der ganzen Welt, zu unterstützen sowie darüber in der Schweiz zu informieren».

Die Stiftung wird getragen vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB, der SP Schweiz, von Solidar Suisse/SAH und den entwicklungspolitischen Organisationen Afrika-Komitee, AAB Südliches Afrika, Erklärung von Bern (EvB), Guatemala-Komitee, Magasins du Monde, Nicaragua- und El-Salvador-Komitees, Schweiz. Unterstützungskomitee für das Sahraische Volk, terre des hommes Schweiz, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ASK), Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika (FEPA).

Impressum:

Herausgeberin: Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt» – SOLIFONDS.
Redaktion: Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann
Druck: printoset, Zürich
SOLIFONDS, Quellenstr. 25, Postfach, 8031 Zürich

Dem Stiftungsrat gehören an :

SGB :

Luca Cirigliano, Dan Gallin, Hans Schächli (Präsident).

SPS :

Julia Gerber Rüegg, Tanja Walliser (beide bis Okt. 13)
Jean Christophe Schwaab, Cédric Wermuth (ab Okt. 13)

Solidar Suisse/SAH :

Bruno Gurtner, Anja Ibkendanz, Esther Maurer.

Mitstifter :

Thomas Braunschweig (EvB), Dieter Drüssel (Zentralamerika-Sekretariat), Barbara Müller (Afrika-Komitee), Stephan Suhner (ASK).

Koordination :

Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann.

Buchhaltung :

Bruno Hangarter.

Der SOLIFONDS ist auf Ihre Unterstützung angewiesen !

Der SOLIFONDS finanziert seine Unterstützungsaktionen ausschliesslich mittels privaten Spenden:

Beitragsversprechen ermöglichen dem SOLIFONDS, rasch auf dringende Unterstützungsgesuche zu reagieren. Sie sind im Voraus fest zugesicherte Spenden, die der Stiftungsrat dreimal im Jahr für eine bestimmte Aktion abrufen. Der SOLIFONDS ist auf mehr Beitragsversprechen angewiesen!
(siehe nebenstehenden Talon)

Spenden erlauben es dem SOLIFONDS, soziale Bewegungen in einer Vielzahl von Aktionen und Kämpfen zu unterstützen und so konkrete Solidarität zu leisten.

Legate sind für den SOLIFONDS eine unschätzbare zusätzliche Unterstützung, die ihn in seiner Arbeit für eine gerechte und solidarische Welt bestärken.

SAH-Personalsolifonds: Ein Teil der SAH-Angestellten zahlt freiwillig ein Lohnprozent in den Personalsolifonds. Daraus werden Projekte von Solidar Suisse, SAH-Migration sowie Aktionen des SOLIFONDS finanziert.

Ausserdem erhält der SOLIFONDS punktuell Beiträge von **befreundeten Stiftungen** für spezifische Aktionen.

Der SOLIFONDS ist als gemeinnützige Organisation anerkannt. Spenden können von den Steuern abgezogen werden.

*Helfen Sie mit,
den SOLIFONDS
bekannt zu machen. Merci!*



**Wer verändert die Welt,
wenn nicht
die betroffenen
Menschen?**

Für die Solidarität
mit sozialen Befreiungskämpfen:

SOLIFONDS

Der SOLIFONDS braucht mehr Beitragsversprechen !

In vielen Fällen, beispielsweise bei einem Streik, bei Landbesetzungen oder bei Verhaftungen, muss der SOLIFONDS rasch und unbürokratisch auf Anfragen reagieren können. Dazu brauchen wir möglichst viele Beitragsversprechen: im Voraus zugesagte Spenden, die bei Bedarf maximal drei Mal pro Jahr durch den Stiftungsrat abgerufen werden können. Mit unserem Informationsbulletin informieren wir Sie über die unterstützten Aktionen.

☐ **Ich unterzeichne ein Beitragsversprechen**

und verpflichte mich, auf Abruf für eine Aktion Fr. _____ einzuzahlen.

(Maximal drei Mal pro Jahr. Gilt für zwei Jahre)

Vorname, Name

Adresse

PLZ, Wohnort

Datum, Unterschrift





«Als Zigtausende TextilarbeiterInnen für einen Existenz sichernden Lohn und für Gewerkschaftsrechte auf die Strasse gingen, wurden viele Protestierende verhaftet, auch unsere Präsidentin. Der SOLIFONDS hat sich mit einer starken internationalen Kampagne für die ArbeiterInnen und für die Freilassung der Inhaftierten eingesetzt. Mit Erfolg.»

Gewerkschaft der Textilarbeiterinnen (GWUF), Bangladesh